



Erklärung gegen OGIDA

Gemeinsam für Toleranz - Einig gegen Ausgrenzung - Rassismus und Rechtspopulismus

Rassistisch motivierter Hass gegen Muslime, ein chauvinistischer Nationalismus und die Abwertung von Flüchtlingen und anderen Menschen, die als „fremd“ wahrgenommen werden, organisiert sich derzeit unter der Flagge PEGIDA in Dresden, anderen Städten und Regionen wie in Ostfriesland unter dem Namen OGIDA.

Die Anhänger und Mitglieder von PEGIDA/OGIDA beklagen die Terroropfer durch den selbsterklärten Islamischen Staat (IS). Doch anstatt sich mit den Flüchtlingen zu solidarisieren, die Opfer des IS-Terrors geworden sind, rufen sie jeden Montag zu Demonstrationen auf, die genau diese Flüchtlinge diskreditieren.

Diese Demonstrationen bereiten den Boden für rassistische Übergriffe, spalten die Bevölkerung und sind damit gefährlich. Unter dem Deckmantel des Protestes gegen eine angebliche Islamisierung wird gegen Flüchtlinge im Allgemeinen und Menschen islamischen Glaubens im Besonderen gehetzt.

Dem Organisationsteam von PEGIDA geht es allein um Populismus. Es werden Ängste um die soziale Sicherheit, um Arbeitslosigkeit und um ein gesellschaftliches Miteinander benutzt, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu schüren. Gleichzeitig wähnen sich Neonazis durch diese „Bewegung“ bundesweit im Aufwind. Es gibt einen rasanten Anstieg von Gewalttaten und Anschlägen. Die Nachahmer von PEGIDA entpuppen sich dabei nicht selten als Initiativen von Neonazis und Rechtsradikalen.

Soziale Probleme in unserem Land können nicht durch den Ausschluss von anderen Menschen gelöst werden. Die Ursachen liegen nicht bei den Flüchtlingen. Diese haben weder die Finanzkrise ausgelöst, noch sind sie dafür verantwortlich, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Wer von „Islamisierung des Abendlandes“ redet, lenkt ab, schürt Ängste, predigt Intoleranz und spaltet die Gesellschaft.

Solidarität ist die Grundlage unseres Handelns. Nationalität, Herkunft, Religion oder Geschlecht waren nie und werden auch zukünftig kein Grund sein, uns in unseren Grundfesten spalten zu lassen.

Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die aufgrund von Krieg, Terror, Verfolgung oder Armut ihre Heimat verlassen mussten und als Flüchtlinge und Asylsuchende in unser Land kommen. Sie gilt auch denjenigen Migrantinnen und Migranten, die seit Jahren mit ihrer Arbeit zu Wachstum, Wohlstand und Vielfalt in Deutschland beitragen.

Die Unterzeichner:

DGB Region Oldenburg-Ostfriesland, DGB Jugend Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt, Ver.di Bezirk Weser-Ems, Ver.di OV LK Leer, IG Metall Emden, GdP Bezirksgruppen Oldenburg und Osnabrück, IG Metall Leer-Papenburg, Thomas Gelder 2 Bev. IG Metall Leer-Papenburg, Johann Saathoff MdB, Markus Paschke MdB, Ulf Thiele MdL, Johanne Modder MdL, Meta Janssen-Kucz MdL, Holger Heymann MdL, Geert Müller Bürgermeister Gemeinde Rhaderfehn, Rico Mecklenburg-Präsident der Ostfr. Landschaft u. Bürgermeister der Stadt Emden, Georg Lübben Bürgermeister Stadt Borkum, Hauke Sattler stellv. Bürgermeister Stadt Leer, Ludwig Sonnenberg Bürgermeister Stadt Weener, Gerald Sap Bürgermeister Gemeinde Bunde, Enno Ennen Bürgermeister Gemeinde Uplengen, Johann Tempel Bürgermeister Gemeinde Jemgum, Der Ev.-luth. Kirchenkreis Emden-Leer, Michael Fischer Dekanatsreferent, Verein „Das Boot“ zur Förderung seelischer Gesundheit Emden/Leer, SPD OV Hage, SPD OV Leer, OV Bündnis 90/Die Grünen Leer, SPD-AfA-UB Aurich, DIE LINKE Kreisverband Leer, DIE LINKE Kreisverband Aurich, SPD im Kreis Leer, Clemens Bollen MdB a.D., FDP Kreisverband Leer, Anita Berghaus, Sascha Laaken, Beate Stammwitz, Sabine Awad, Sascha Reinders, Ulrike Hungerkamp, Stefanie Sievers-Glotzbach, Hannah Foelckel, Jan Cordes, Anna-Sophia Dahlke, Ursula Stevens-Kimpel, Hans Fricke Ratsherr Leer, Harm Meyer, Dipl.-Ing. Carsten Schoch Stadtbaurat Leer